

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 159 (1993)
Heft: 3

Artikel: Medien und Sicherheitspolitik
Autor: Ott, Charles
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-62397>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Medien und Sicherheitspolitik

Charles Ott

Die kürzlich gegründete deutsche Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Präsident Adm. a.D. Dieter Wellershoff, veranstaltete soeben ein Seminar für Politiker, Wissenschaftler, Journalisten aller Medienarten und militärische Sicherheitsexperten in Berlin und kam dabei zu interessanten Erkenntnissen: Es geht offenbar in erster Linie darum, den Bürger nicht lediglich über viele komplexe Sachverhalte zu orientieren, sondern ihm mehr generellen Sachverstand für eigene Beurteilungen zu vermitteln und sein Vertrauen in die Sicherheitspolitik betreibenden Politiker und Journalisten zu mehren.

Sicherheitspolitische Revolution

Nach dem Zusammenbruch der grossen Antagonie zwischen Ost und West sind grosse Kriege wenig wahrscheinlich geworden, kleine Konflikte dafür um so mehr. Die Welt wird immer kleiner, die Zahl der Akteure und die Veränderungen der Situation stetig grösser.

Wie beeinflussen die Medien diese Entwicklung und wie ist es möglich, dem Bürger die sicherheitspolitische Lage bewusst zu machen, nachdem er meist negativ darauf reagiert, das heisst sich isoliert, nur einfache Lösungen akzeptiert und/oder sich der ständig wachsenden Partei der Nichtwähler anschliesst?

Information allein hilft nicht, auch bei intensiver öffentlicher Diskussion steigt die Informiertheit nur wenig.

Sicherheitspolitik hat *keine Konjunktur*, da sich der Bürger seit *Gorbatschow* nicht mehr politisch und militärisch bedroht fühlt und sich auf seine eigenen «kleinen» Probleme konzentriert.

Generell will der bequeme Bürger unangenehme Sachen nicht zur Kenntnis nehmen, gibt sich mit Illusionen zufrieden. «Militär» wird oft nur noch lustlos als lästiges, notwendiges Übel akzeptiert und ist daher für den Journalisten kaum ein Thema, auf das er gerne eingeht.

In der Reportage werden die Nachrichten meist verkürzt und vereinfacht, so dass komplexe Sachverhalte wie die Sicherheitspolitik darunter leiden. Dabei sollte es doch klar sein, dass z.B. die KSZE nicht beruhigen kann, da sie die Wurzeln des Übels nicht treffen kann, welche in der riesigen Armut ganzer Kontinente und in der Tatsache bestehen, dass in der UNO 75 Prozent der Länder Diktaturen sind! Die NATO ist aus dem Tritt geraten, und auch die EG hat eine Identitätskrise.

Obwohl *Bilder immer zufällig* sind, wird das Fernsehen dazu missbraucht, um politische Entscheide zu provozieren. So die vom UNO-Generalsekretär angeregte CNN-Berichterstattung über Somalia, die prompt die USA zur Aktion verleitet hat. Der Slogan: «Zahlen stimmen nie», gilt auch für Bilder: «Bilder stimmen nie», denn sie vermitteln nur den meist negativen Aspekt eines Problems, können nur Sichtbares erfassen.

Vier primäre Bedrohungen

– Die sowjetische *Erbfolge* ist nicht gesichert, *Jelzins* Überleben nicht garantiert. Russische Truppen wurden wieder ins Baltikum zurückgeschickt. Das russische Weltmachtdenken ist bereits wieder erwacht.

– Der *islamische Krisenbogen* von Indien bis Marokko gerät in immer

grössere Spannungen: Die arabische Bevölkerungsexplosion von 3 bis 4 Prozent, d.h. 100 Millionen pro Jahr, welche durch Industrialisierung (entgegen Europa) nicht zu bremsen ist, die rasche Wiederaufrüstung des Irans, die Tendenz zur Nuklearisierung in Iran, Irak, Libyen, Algerien.

– Die nukleare Proliferation, welche von grossen Sicherheitsratsmitgliedern kräftig gefördert wird und zusammen mit der biologischen Proliferation bald ganze Teile der Weltkarte verändern könnte sowie

– Die *Bevölkerungsexplosion*, welche schon seit langem festzustellen ist und zusammen mit «Völkerwanderungen» zum Verschwinden ganzer Staaten führen könnte.

Anpassungskrisen in Europa

In Europa verspüren wichtige Länder schwere Orientierungs- und Anpassungskrisen: Schweden, Italien, Frankreich, Grossbritannien, aber auch *Deutschland*, das Mühe mit dem «Verdauen» der Ex-DDR bekundet. Die Politiker scheuen sich, dem Volk die Wahrheit über die Schwierigkeiten von Staat und Wirtschaft zu sagen, auch wenn doch jeder Patient das Recht auf Wahrheit hat. Leider springen da auch die Medien nicht in die Lücke, indem sie die Eignung der verschiedenen Organisationen wie KSZE, WEU, UNO und Nato als Sicherheitsordnungen von Europa hinterfragen oder mindestens die verschiedenen Utopien blossstellen.

Alle sind sich einig, dass es innenpolitisch eine Polizei und eine Feuerwehr braucht, auch wenn kein Feuer vorhanden ist. Aussenpolitisch hingegen wird die Notwendigkeit einer Ordnungsmacht und das Management der Macht von Staaten und UNO nicht diskutiert, obwohl der *chaotische Zustand* in und um Europa eine Tatsache ist.

Es sollte den Medien auch klar werden, dass eine ständige Reduktion des Verteidigungshaushalts und der Streitkräfte nicht mehr die gleiche Sicherheit wie früher aufrecht erhalten kann. Aber darüber schweigt männiglich.

Wer versucht, die Realitäten darzustellen, wird in billiger Weise als Angstmacher und anachronistischer «kalter Krieger» abgetan. Dabei sind es gerade die Verharmloser, welche das Volk verängstigen und gefährlich – ähnlich den USA – die Aussenpolitik den innenpolitischen Schwerpunkten unterjochen.

Schlüssige Umfrageforschung

Die vor allem vom Allensbacher Institut durchgeführten Befragungen in Sachen Sicherheit des Landes erbringen erstaunliche Ergebnisse:

Obwohl oder weil die Politik komplexer geworden ist, ist das Interesse und Mitdenken der Bürger nicht besser geworden.

Verteidigung und Sicherheit sind keine Gebiete von Interesse, da man sich auf näherliegende Probleme konzentriert, sich *durch den Bauch, statt den Kopf steuern lässt*.

Ob unsere Gesellschaftsordnung es wert ist, verteidigt zu werden, wird unterschiedlich beurteilt (*Frage 1*).

Frage 1:

«Wenn Sie jetzt einmal an das Leben in der Bundesrepublik denken: Ist unsere Gesellschaftsordnung, so wie sie ist, wert, verteidigt zu werden, oder haben Sie da Zweifel?»

	1991	
	Alte Bundesrepublik %	Neue Bundesländer %
Ist wert, verteidigt zu werden	70	39
Habe Zweifel	19	44
Unentschieden	1117	

Frauen sind an sich weniger interessiert an Sicherheitspolitik, urteilen aber viel kritischer. In Abstimmungen verhalten sich Frauen ähnlich wie die Männer, d.h. sie lassen sich von den Männern offenbar eher beraten als z.B. in Wissensgebieten.

Telefonische Umfragen ergeben ein krass verzerrtes Bild zur Wirklichkeit, da sich primär nur die Extrempositionen bei den Hörern/Zuschauern zu Wort melden.

Direkt vermittelte harte Fakten kommen im Volk nicht an, die Denkweisen von Militär, Wissenschaften, Wirtschaft und Bevölkerung sind zu verschieden.

Faktenbezogene Diskussion (Expertengespräch) wird abgelehnt. Emotionen und alles, was Beziehung zum Alltag hat, kommt besser an. Es ist offenbar falsch, wenn in einer Diskussion die menschliche Dimension eines Problems ausgeblendet wird, da das Eingehen darauf eine höhere Vertrauensbasis schafft (*Frage 2*).

Einfluss der Medien

Die meisten Journalisten glauben, dass sie geringen Einfluss auf die Politik hätten, da die Medien nur das Spiegelbild der Politiker seien. Sicher ist, dass bei schwacher Politik, die nicht verantwortungstragende «vierte Macht», die Medien, sich in den Vordergrund schieben, zur Spielart einer politischen Karriere degenerieren.

Die Empfänger der Information bedürfen der Begleitung durch die Medien, aber auch der Kommentare und der moralischen Beurteilung, sonst entsteht, wie z.B. gegenüber Ex-Jugoslawien, das Gefühl der Ohnmacht und der Verdrossenheit.

Frage 2:

«Ich möchte Ihnen jetzt einen Vorfall erzählen, der sich neulich bei einer Podiumsdiskussion über Abrüstung ereignet hat. Zwei Experten sprachen darüber, was die neuesten Statistiken über die Rüstung von Warschauer Pakt und NATO sagen und wieviel Sprengköpfe wirklich auf beiden Seiten vorhanden sind. Plötzlich springt ein Zuhörer auf und ruft etwas in den Saal: «Was interessieren mich Zahlen, wenn unsere ganze Zukunft in Frage steht?» Würden Sie sagen, er hat recht oder nicht recht?»

Bevölkerung insgesamt	in %
Hat recht	55
Hat nicht recht	25
Unmöglich zu sagen	20

Wichtige Systeme sind immobil geworden: Wir besitzen keine Instrumente zur Lösung der Probleme, so z.B. bezüglich Menschenrechten, die nicht nur in Bosnien, sondern auch in 15 andern «europäischen» Regionen mit den Füßen getreten werden. Die Grundsätze der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Nichteinmischung in Bürgerkriegen verhindern einen Schutz der Menschenrechte.

Die Tendenz zur negativen Medienberichterstattung kann durchbrochen werden, indem die Politiker offen über ihre eigenen Schwierigkeiten bei der Behandlung von Problemen sprechen. Dies schafft Vertrauen und Glaubwürdigkeit und solidarisiert den Bürger mit dem ebenfalls nicht übermenschlichen Politiker. Die Medien ihrerseits sollten den Begriff des Konservativen nicht kaputt machen, da «konservativ» nicht einfach das Gestrige ist, sondern das, was immer gilt.

«Wer Mut hat, besitzt viel Einfluss», dies gilt für Medien wie Politiker.

Politische Bildung und Medien

Das Seminar ging von 10 Thesen aus.

These 1: Die heutige Zwischenepoche ist eine Chance, da diese Offenheit neue Lösungen ermöglicht, aber es ist leider auch eine Tatsache, dass Kriege und Bürgerkriege wieder zu Mitteln der Politik geworden sind.

These 2: Die ungeheure Informationsflut führt dazu, dass der einzelne immer mehr Mühe hat, die Nachrichten zu verarbeiten und ein eigenständiges Urteil zu finden.

These 3: Die Welt ist ein grosses Dorf geworden, die Politik internationaler, die notwendigen umfassenden Lösungsansätze werden dafür schwieriger.

These 4: Der heutige Individualisierungstrend bringt bittere Kämpfe um die persönlichen Interessen. Dabei verlangt die neue Sicherheitspolitik doch Einsicht in weitgespannte Zusammenhänge und Widerstand gegen populistischen Druck.

These 5: Es ist eine Tendenz zur Simplifizierung der komplexen Zusammenhänge bemerkbar. Das hat zur Folge, dass sich Politik und Medien gegenseitig abschätzig beurteilen, dabei wäre die Vereinfachung – nicht die populistische Verzerrung – der Probleme für das einfache Volk wichtig.

These 6: Fernsehen ist einseitig, da es nur konkrete sichtbare Dinge zeigen kann. «Sicherheit» kann wegen ihrer Mehrdimensionalität daher fast nur noch in Expertendiskussionen erkannt werden, was sie für die Medien meist wenig informativ macht.

These 7: Die Anforderungen an die politische Urteilsfähigkeit des Bürgers werden immer höher. Die Erziehung kann sie fördern, während das simplifizierende Fernsehen sie eher gefährdet. Hier haben die geschriebenen Medien ein grosses Bearbeitungsfeld, da sie viele Mittel zur Darstellung von komplexen Problemen besitzen.

These 8: Erste Schlussfolgerung: Öffentliche Sicherheitsdiskussion kann und darf nicht Massendiskussion sein, Massenmedien müssen sich mit groben Fragestellungen begnügen. Sie bleibt daher einem Feld von Experten und fachlich Interessierten überlassen. Jeder Interessierte muss sich aber an der Diskussion beteiligen können.

These 9: Der Sicherheitsbegriff muss erweitert werden, da er eine politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische neben der unverzichtbaren militärischen Komponente erhalten hat.

These 10: Die politische Führung

sollte sich der Sicherheitspolitik *speziell* annehmen, auch wenn sie deshalb vom Volk manchmal nicht verstanden oder gar angepöbelt wird.

Diese Thesen werden *ergänzt* durch die Erkenntnisse, dass auch hier Agieren besser als Reagieren ist und die akademische Jugend wieder vermehrt zum *Schreiben* angehalten werden muss.

In der Diskussion wurde auf die Weisheit der Schweiz hingewiesen, sich nur *langsam* zu verändern, was speziell in einer Demokratie für das *Mitdenken des Volkes* wichtig sei.

Ferner sei ständig daran zu denken, dass nicht die Quantität, sondern die *Qualität* der Informationen entscheidet. Bei allzu viel negativen Bildern entsteht eine *Immunisierungsgefahr* (z.B. Sarajewo), *Terror der Aktualität* schafft moralische *Indifferenz* und dass die Medien einander in ständige *Alarmbereitschaft* bringen, für die es nie eine Entwarnung gibt.

Vorhalte der Politiker

Auch in der Sicherheitspolitik informieren die Journalisten nicht mehr über alles oder wollen nur ihre eigene Meinung im Sinne einer Gesinnungspolitik einfließen lassen.

Dabei sind die Bedingungen für die Politiker kontrovers. Sie sollten es vor allem ihren Wahlgremien recht machen, wenn sie in der Politik bleiben wollen. Deren Bedürfnisse sind oft ganz anders als diejenigen des Volkes oder der Politiker. Die Medien sollten daher dem Volk manchmal im Anschluss an eine Meldung erklären, warum wohl der Politiker den kritisierten Standpunkt einnehmen musste.

Das *Ethos des Politikers* sollte sein, etwas durchzusetzen, obwohl das Volk anders denkt oder fühlt. Sie bekunden heute aber eine Führungsschwäche.

Das *Ethos der Journalisten* sollte diese dazu bewegen, das Gespräch unter den Volksschichten zu fördern und möglichst viele an der Problem Diskussion zu beteiligen. Sie mischeln aber heute lieber selber mit in der Politik, obwohl sie dabei keine Verantwortung tragen und so viel opportunistischer sprechen können.

Schlussfolgerungen

1. *Sachverhalte* in der Sicherheitspolitik sind komplexer geworden, da

– die *Raumdimension*, der geopolitische Raum grösser geworden ist. Staaten und einzelne ziehen sich trotzdem gerne auf die naheliegenden, eigenen Interessen zurück oder setzen sich gar (wie die Schweiz am 6.12.92) der Isolation statt der Solidarität aus.

– der *Zeitfaktor* immer wichtiger wird (Gegenwartsschrumpfung). Die Zeitabläufe auch für Staatenzerfall und -gründung sind viel schneller geworden. Denkpausen werden unmöglich, Zeiten der Musse ein Luxus,

– die *Teilnehmerzahl* immer grösser wird. In Europa stieg die Zahl der Staaten in kürzester Zeit von 35 auf 53.

2. Die Palette von *Herausforderungen* wird immer grösser, z.B.

– *Territorialfragen*, Grenzfragen usw.

– Die Diskrepanz zwischen Selbstbestimmung und *Souveränität* der Nationalstaaten. Wie gross muss eine Minderheit sein, um selbst bestimmen zu dürfen?

– *Nationalismus* ist offenbar zum Rettungsanker der nationalen Identität geworden,

– *International organisiertes Verbrechen*, Stichwort Mafia, Yakusa usw.

– *Proliferation* moderner Waffentechnik,

– *Sozial- und Umfeldgefährdung*.

3. Die *Sender der Nachrichten*, die politische Klasse und ihre Helfer, sind auf ihre moralische *Nachrichtenübermittlungspflicht* hinzuweisen. Sie benötigen dazu Standfestigkeit, Mut und Geduld, vor allem bei Meinungsdifferenzen mit Teilen des Volkes.

Das Schwergewicht ist auf das *Hinterfragen* von Zuständen und Meldungen zu richten. Es bleiben ja so wieso primär nicht Fakten, sondern die Frage der *Glaubwürdigkeit* in der Beurteilung des Bürgers hängen. Darum besteht auch die Notwendigkeit, sich persönlich zu stellen, da der Bürger aus dem Verhalten viel Zu- oder Misstrauen ableitet.

4. Die *Mittler*, d.h. die Journalisten und Lehrer entscheiden, worin *ihre Aufgabe besteht*. Am besten lässt sie sich wohl als *anwaltschaftliche* Vermittlung von Informationen umschreiben, wobei das Orientierungsinteresse des Bürgers ausschlaggebend ist. Sicher gehört handwerkliches Können dazu! Methoden und Mittel sind bei komplexen Problemen sehr wichtig. Es geht nicht immer um «Action», sondern manchmal auch nur um das Vorzeigen der Köpfe von Schlüsselfiguren.

Der Mittler soll *Einordnungshilfe* und *Grundlagenkenntnisse* vermitteln.

Dabei ist es wichtig, dass Nachricht und Kommentar sauber als solche erkennbar sind. Der Zeitdruck für Nachrichten ist gross, für Kommentare und Beurteilungen dazu ist auch später noch Zeit.

5. Die *Empfänger* der Informationen sind sehr verschieden. Ihr Interesse ist oft anders, ebenso ihre Vorkenntnisse und Klischeevorstellungen. Wie kann ihr Interesse geweckt werden? Ist dies nur über die *Emotionalisierung* und die persönliche *Betroffenheit* möglich? Sind eventuell vorgängig neue Denkanstösse über den Umgang mit Macht und den Schutz des Rechts und der Rechtssicherheit durch die öffentliche Macht nötig?

Sicherheitspolitische Probleme eignen sich wenig für die Einbindung in *Unterhaltungsgefässe*. Eine *Talkshow* gibt Sachfragen ein Gesicht (Moderator oder Teilnehmer), wobei das Gesicht und das Verhalten des Teilnehmers oft wichtiger sind als das gezeigte Sachverständnis, da erstere den Bereich der Vertrauenswürdigkeit belegen.

Hinweise auf *unlogisches Verhalten* sind wirksam. So kann argumentiert werden, dass das Votum vom 6.12.92 für eigenständige Entwicklung auch unabhängige Verteidigung bedingt.

Zum Schutz des Landes ist eine gründliche Ausbildung des Militärs und der Schutz aller Räume in und über dem Land vordringlich. Es ist daher richtig, energisch gegen die Demontage der Armee durch die Behinderung der Ausbildungshilfen und die faktische Abschaffung der Flugwaffe zu protestieren.

Allerdings soll die Energie nur dort eingesetzt werden, wo an fairer Diskussion ein Interesse besteht.

6. *Strategien für Kommunikation* müssen *langfristig* angelegt werden, regelmässige *serielle* Tätigkeit beinhalten, *systematisch* und mit *Kompetenz* durchgeführt sowie als *vernetzte* Aktivitäten realisiert werden.

Die Schere zwischen der Zahl von opportunistischen Bürgerinitiativen einerseits und der wachsenden Komplexität der Sicherheitspolitik, dem mehr geforderten Sachverstand und Vertrauen der Bürger in Behörden sowie Medien andererseits wird immer grösser. Um eine schwere Sicherheitskrise zu vermeiden, muss diese Schere wieder geschlossen werden. ■